

Der Bürgermeister

Zossener Str. 21c • 15838 Am Mellensee

Vorsitzender Gemeindevertretung
Herr Tscherwinka

Ortsteile:

Sperenberg, Klausdorf, Mellensee, Saalow,
Rehagen, Kummersdorf-Alexanderdorf,
Kummersdorf-Gut, Gadsdorf

Sachgebiet: Amtsleitung

Zimmer: 1.06

Bearbeiter: Frau Gonschorek

E-Mail: leitung-ordnungsamt@mellensee.de

Telefon: (033703) 95940

Telefax: (033703) 95969

AKZ: GV_240521 – TOP 19 - ÖT

Datum: 15.05.2024

Beschränkung Wahlplakate – TOP 19 Stellungnahme Verwaltung

Grundsätzlich ist mitzuteilen, dass die Verwaltung ohne eine gesetzliche Grundlage die Anzahl der Wahlplakate nicht willkürlich beschränken kann/darf.

Insofern wäre eine Satzungsanpassung erforderlich. Die Umsetzung ist aus organisatorischen und verfahrenstechnischen (Sitzungsfolgen/Gremienbehandlung) nicht vor der Landtagswahl am 22.09.2024 umsetzbar. Es wird derzeit davon ausgegangen, dass die erste Regelsitzung der Ausschüsse und Gemeindevertretung (nach der Konstitution) im September erfolgt.

Auch ist dahingehend auch zu prüfen, welche Vorgaben der Landesgesetzgeber vorsieht und wie sich die Rechtsprechung entwickelt hat.

Eine Satzung darf daraufhin nicht benachteiligender sein, als das Landesgesetz selbst bzw. dies vorsieht.

Die Verwaltung möchte auch aufmerksam machen, dass die in der BSV eingebrachten gewünschten Anzahlen der Wahlplakate (18 Plakate pro Partei) für die gesamte Gemeinde eine fragwürdige Zielgröße darstellen. Die Gemeinde Am Mellensee ist eine Flächengemeinde und weist eine Flächengröße von ca. 104,68 Quadratkilometer.

Damit soll deutlich werden, dass 18 Plakate für 8 Ortsteile verfassungsrechtliche Vorgaben widersprechen könnten.

Gemäß Art. 21 Abs. 1 Satz 1 GG haben die politischen Parteien die Aufgabe, bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Die Parteien können diesen Auftrag des Grundgesetzes nur dann wirksam wahrnehmen, wenn sie nicht nur innerparteilich arbeiten, sondern auch **nach außen tätig und sichtbar** werden. Nach außen wirkende Tätigkeiten der verschiedensten Art wie der Straßenwahlkampf mit Plakatwerbung fallen daher in den **Schutzbereich der Parteifreiheit**.

Einschränkungen durch einfachgesetzliche Regelungen Plakatwerbung kann somit aufgrund öffentlich-rechtlicher Normen verschiedenen Reglementierungen unterliegen. Denkbar sind insbesondere bauordnungsrechtliche, straßen- und straßenverkehrsrechtliche Vorschriften, die – je nach Größe und Dauer der Plakatwerbung – unterschiedliche Zulässigkeitsvoraussetzungen und Grenzen

Allgemeine Sprechzeiten:

Montag u. Mittwoch	keine Sprechzeiten - Termine nach Vereinbarung möglich
Dienstag	09.00 - 12.00 Uhr und 13.00 - 16.00 Uhr
Donnerstag	09.00 - 12.00 Uhr und 13.00 - 18.00 Uhr
Freitag	09.00 - 12.00 Uhr

Bankverbindung:

Mittelbrandenburgische
Sparkasse in Potsdam
IBAN: DE6416050003639020072
BIC: WELADED1PMB

normieren. Allgemein lässt sich feststellen, dass **diese Grenzen ganz überwiegend auf gefahrenabwehrrechtlichen Gründen beruhen.**

Die Bedeutung von Wahlen für einen demokratischen Staat (Art. 28 Abs. 1 Satz 2 und Art. 38 Abs. 1 GG) und die Bedeutung der Parteien für solche Wahlen, wie sie sich aus Art. 21 GG und §§ 1 f. Parteiengesetz (ParteiG) ergibt, **schränkt das behördliche Ermessen** bei der Entscheidung über die Erlaubnis zum Aufstellen von Wahlplakaten durch Parteien in so **erheblichem Umfang ein**, dass jedenfalls für den Regelfall ein Anspruch einer Partei auf Erteilung der Erlaubnis besteht.

Insgesamt muss aber eine für die Selbstdarstellung der jeweiligen Partei notwendige und angemessene Wahlpropaganda ermöglicht werden.

Auszugsweise aus: Verbot der Aufstellung von Wahlplakaten und Zulässigkeit von Gebühren für das Aufstellen von Wahlplakaten im Wahlkampf, Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag, 2009

Es lässt sich abschließend konstatieren, dass allgemeine Gesetz/Satzungen die grundrechtlich gewährten Rechte einschränken können, jedoch dann nach strengen Maßstab.

Angeführt wird zudem, dass eine „so drastische“ Beschränkung aus umweltschutzaspekten in Betracht zu ziehen sein sollte. Mit Verweis auf die o.g. Ausführungen sind Einschränkungen aus umweltschutzaspekten nicht vorgesehen. Schließlich steht es jeder Vereinigung/Partei/Kandidierendem unbenommen einer Beschränkung frei, „seine“ Plakate auf ein Mindestmaß zu beschränken oder ganz davon abzusehen. Bereits derzeit ist festzustellen, dass eine Partei einen freiwilligen Verzicht erklärt hat.

Empfehlung der Verwaltung:

Das Thema kann und sollte weiter diskutiert werden, allerdings sollten dann Zielgrößen ermittelt werden, die dem Grundgedanken der Werbung und ausreichenden Wahrnehmung nicht entgegenstehen.

Mit freundlichen Grüßen

T. Krüger
Bürgermeister